

Niederschrift

über die 23. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Mittwoch, dem **05.02.2020**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 vom 09.01.2020**
- 4. Antrag der Gruppe Grüne/FDP auf Umstellung der verbleibenden Straßenbeleuchtung auf LED-Technik**
- 5. Erlass einer Haushaltssatzung 2020
Vorlage: 014/2020**
- 6. 2. Änderungssatzung der Hebesatzsatzung
Vorlage: 015/2020**
- 7. Änderung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Stellplatzgebühren für den öffentlichen Wohnmobilstellplatz in Altmarienhausen (Stellplatzgebührensatzung)
Vorlage: 013/2020**
- 8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns

Ratsherr Frank Behrens

Ratsherr Christian Fiedler

Beigeordneter Reinhard Oncken

Beigeordneter Achim Rutz

Vertretung für Herrn Ratsherr Thomas Ney

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg

Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann

Gemeindeamtmann Jens Santjer

Verwaltungsfachwirtin Regina Weger als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Bruns eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 vom 09.01.2020**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

4. **Antrag der Gruppe Grüne/FDP auf Umstellung der verbleibenden Straßenbeleuchtung auf LED-Technik**

Das Ausschussmitglied der Gruppe Grüne/FDP erläuterte den Antrag. Der Antrag wurde im Hinblick auf die erforderliche Haushaltskonsolidierung gestellt.

Der Fokus soll dabei auf die Wirtschaftlichkeit gelegt werden, im Rahmen der Planung sollen daher Kosten, Zeitpläne und Einsparungen durch die Reduktion von Verbräuchen und Instandsetzungen (Leuchtmittelwechsel) aufgezeigt werden.

Es bestand Einigkeit darin, dass der Antrag zunächst auf eine Bestandsaufnahme und eine entsprechende Planung abzielt. Die anderen Fraktionen begrüßten den Antrag und standen ihm offen gegenüber.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Planung zu beginnen, alle noch nicht auf LED-Technik umgestellten Straßenbeleuchtungen sowie die Außenbeleuchtungen an öffentlichen Einrichtungen (z. B. Jugendzentrum, Friedenseiche, Grundschulen, Feuerwehr, Bibliothek etc.) auf LED-Technik umzustellen. Soweit vertretbar und wirtschaftlich sind auch die Innenbeleuchtungen der öffentlichen Einrichtungen mit zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

5. **Erlas einer Haushaltssatzung 2020**
Vorlage: 014/2020

Seitens der Verwaltung wurde die Notwendigkeit eines Haushaltsausgleiches nach den ersten Haushaltsberatungen verdeutlicht. Die Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes wäre ansonsten verpflichtend gewesen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Haushaltslage deutlich besser wäre, wenn der Landkreis Friesland zu einer Senkung der Kreisumlage bereit wäre.

Anhand einer Präsentation (als Anlage beigefügt) wurden die Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf dargestellt.

Der Haushaltsausgleich konnte unter anderem durch die Anhebung der Realsteuerhebesätze auf jeweils 500 Prozent erreicht werden. Der Ansatz für die Straßenunterhaltung wurde von 475.000 € auf 265.000 € gesenkt.

Seitens der Verwaltung wurden außerdem viele Ansätze angepasst. Daraus resultiert allerdings, dass im nächsten Jahr keine größeren Ansatzkürzungen mehr möglich sein werden.

Auf Nachfrage wurde näher auf die erforderlich gewordenen durchzuführenden Wirtschaftlichkeitsvergleiche eingegangen. Durch die Vergleiche soll mehr Transparenz geschaffen und die wirtschaftlichste Lösung gefunden werden. Kritisch dabei wird weniger der mathematische Vergleich an sich sondern die Berücksichtigung und Erfassung der notwendigen Informationen sein.

Von der Gruppe Grüne/FDP wurde erwähnt, dass die Mühe der Verwaltung, einen Haushaltsausgleich zu erreichen, erkennbar sei. Im Gegensatz zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes sei der Haushaltsausgleich der richtige Weg.

Man sei sich aber bewusst, dass die vorhandenen Probleme nicht durch Hinauszögern von Unterhaltungsmaßnahmen oder der Verschiebung von Unterhaltungsmaßnahmen in den investiven Bereich gelöst werden können.

Strukturelle Probleme müssten angegangen werden, so dass man anstatt des bloßen Verwaltens wieder Gestalten könne.

Das Ausschussmitglied der Gruppe wies darauf hin, dass einige Positionen im Finanzhaushalt durchaus anders gesehen würden, momentan aber keine Alternative genannt werden könnte.

In Kombination mit den anderen Maßnahmen zum Haushaltsausgleich wurde von der Gruppe Grüne/FDP die Zustimmung zur Hebung der Realsteuersätze signalisiert.

Auch seitens der SPD-Fraktion wurde der Lösungsvorschlag zum Haushaltsausgleich begrüßt und die zeitgerechte und gute Aufarbeitung der Daten durch die Verwaltung gelobt.

Als problematisch werden allerdings auch die teils verschobene Straßenerhaltung und die Investitionen in diesem Bereich gesehen. Eine gute Grundlage für weitere Planungen bilde allerdings das Straßenkataster.

Die SPD stellte den Antrag, dass die Beschaffung des Minibaggers in diesem Jahr ausgesetzt und im Lauf des Jahres eine Nutzungsanalyse erstellt wird.

Darüber waren sich die Ausschussmitglieder einig.

Zur notwendigen Stelle im Bereich Organisationsmanagement wurde erwähnt, dass man die Verwaltung nicht unbedingt vergrößern wolle. Es stehe allerdings fest, dass eine prozessorientierte Organisation erarbeitet werden müsse, damit ein fließender Übergang in das digitalisierte Zeitalter stattfinden könne.

Von der CDU-Fraktion wurde signalisiert, dass diese dem Haushalt nicht zustimmen könne. Die Schaffung der zusätzlichen Stelle sowie die Verschönerung der Hauptstraße und des Kreisels „Sander Ei“ könnten nicht mitgetragen werden.

Ein Problem wird auch von der CDU-Fraktion in der Höhe der Kreisumlage gesehen. Da der Landkreis Friesland Überschüsse erzielt, sei die Höhe nicht nachvollziehbar für die Kommunen.

Die Verwaltung erklärte zur Stelle im Bereich Organisationsmanagement, dass die Verpflichtung für die entsprechenden Aufgaben da sei. Die Bewältigung der Aufgaben ohne die entsprechende Fachkompetenz sei nicht zu leisten.

Die Nachfrage eines anwesenden Einwohners, ob wegen der Anhebung der Hebesätze neue Steuerbescheide erlassen werden müssen, bejahte die Verwaltung. Der Einwohner äußerte seinen Unmut über die Steuererhöhung, da insbesondere die Eigentümer von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken (Grundsteuer A) in Friesland ohnehin schon mit höheren Einheitswerten und somit höheren Grundsteuermessbeträgen belastet würden. Er sei der Meinung, dass andere Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Schulschließung, eher geeignet wären, um Mittel einzusparen.

Darauf entgegnete ein Ausschussmitglied, dass eine Schulschließung bereits diskutiert wurde und diese nicht in Frage komme.

Seitens der Verwaltung wurde außerdem erklärt, dass der Bereich der freiwilligen Leistungen nur 5 Prozent des Volumens des Ergebnishaushaltes betreffe. Eine Mitteleinsparung gestaltet sich daher immer schwieriger in Bezug auf den Anstieg von Pflichtaufgaben für die Kommunen.

Die Verwaltung sieht in der Erhöhung der Hebesätze eine hohe Zumutung für die Bürger, eine Alternative sei allerdings nicht erkennbar.

Seitens der SPD-Fraktion wurde darauf hingewiesen, dass sich die Investitionen der Gemeinde für die Maßnahmen im Dorfentwicklungsprogramm durchaus lohnen. Letztendlich bedeute das für die Gemeinde eine Investition in Höhe von 65.000 €, die durchaus zur Verschönerung des Ortes beiträgt. Die Maßnahmen werden zu 70 Prozent gefördert.

Ein anderes Ausschussmitglied war nicht der Meinung, dass man Maßnahmen jetzt durchführen sollte, die nur der Verschönerung des Ortes dienen.

Dieser Meinung schloss sich auch der anwesende Einwohner an.

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Haushaltsplanentwurf 2020 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der bisher beratenen Änderungen zugestimmt. Nach § 112 NKomVG beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2020 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

6. **2. Änderungssatzung der Hebesatzsatzung**
Vorlage: 015/2020

Von der Verwaltung wurde erläutert, dass es sich bei der Erhöhung der Realsteuerhebesätze um eine der Maßnahmen zum Ausgleich des im ersten Haushaltsentwurf 2020 ausgewiesenen Fehlbetrages handelt.

Dem Beschlussvorschlag wurde zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die in der Sitzung des Finanzausschusses am 05.02.2020 vorgelegte 2. Änderungssatzung zur Hebesatzsatzung der Gemeinde Sande.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

7. **Änderung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Stellplatzgebühren für den öffentlichen Wohnmobilstellplatz in Altmarienhäusern (Stellplatzgebührensatzung)**
Vorlage: 013/2020

Seitens der Verwaltung wurde der Sachverhalt erläutert. Es konnte berichtet werden, dass der im April 2018 in Betrieb genommene Wohnmobilstellplatz Altmarienhäusern sich bewährt hat und die seitdem erhobene Stellplatzgebühr verhältnismäßig niedrig bemessen ist.

Dem Beschlussvorschlag wurde zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 5 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der zur Zeit gültigen Fassung den Erlass einer 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Stellplatzgebühren für den öffentlichen Wohnmobilstellplatz in Altmarienhäusern (Stellplatzgebührensatzung) vom 15.03.2018 zum 01.04.2020.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

8. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Ende des öffentlichen Teils um 18 Uhr.

Schluss der Sitzung: 18:27 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin